

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: Personal- und Organisationsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): P 5, GL-dIKA	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Einführung einer standardisierten IT-Lösung für das Kompetenzmanagement bei der Landeshauptstadt München		

1. Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:

Für Oktober 2019 ist ein gemeinsamer Beschluss des RIT und des POR vorgesehen. Ziel ist die Einführung eines IT-gestützten standardisierten Kompetenzmanagements bei der Landeshauptstadt München.

Mit diesem Beschluss soll die Ausgabeermächtigung für die zweite Phase der Projektumsetzung des Projekts „Münchner Kompetenzmanagement (MKM)“ eingeholt werden.

Die erste Phase der Projektumsetzung wurde mit Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses (Nr. 14-20 / V 03776) vom 13.04.2016 beauftragt.

In der 2. Projektphase ist im Wesentlichen die Beschaffung und Einführung einer IT-Lösung sowie die damit verbundene fachliche Vorbereitung der Einführung des Kompetenzmanagements vorgesehen.

Die Kosten für die Beschaffung der IT-Lösung, den Betrieb und die Servicepauschale von it@M werden im Eckdatenblatt des RIT aufgenommen.

Das Vorhaben wird im ITK-Vorhabensplan unter der Nummer ITV_0004 geführt.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Die o.g. Aufgaben im Rahmen der Einführung eines Kompetenzmanagements bei der LHM fallen zeitlich begrenzt bis zum Ende der Projektlaufzeit im Jahr 2025 an.

Die zur Sicherstellung der dauerhaft notwendigen fachlich-technischen Betreuung der IT-Lösung in den Referaten und zur Wahrnehmung der Geschäftsstellentätigkeit der einzurichtenden Professional Group (PG) eingerichtete Stelle (1 VZÄ) wurde bereits mit Beschluss vom 13.04.2016 genehmigt.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung:

Die mit Beschluss aus 2016 genehmigten Mittel wurden befristet bis zum 31.12.2021 beantragt.

Seit der letzten Beschlussfassung zum MKM hat das Projekt Erkenntnisse gewonnen, die eine Ausweitung der Projektdauer um 4 Jahre bis zum **31.12.2025** notwendig machen.

Aus fachlicher Sicht hat sich herausgestellt, dass die geplante Verkürzung des Beurteilungszeitraums

auf 2 Jahre nicht sinnvoll ist. Daher wurde entschieden, den Beurteilungszeitraum auf 3 Jahre festzulegen, sodass ab dem übernächsten Beurteilungszeitraum eine dienstliche Beurteilung und der Soll-Ist-Abgleich stadtweit mit einer IT-Lösung möglich ist.

Hinsichtlich der technischen Umsetzung hat eine Marktanalyse ergeben, dass die meisten Software-Anbieter nur noch Cloud-Lösungen anbieten. In der MBUC wurde daher die Lösung „Cloud“ für das MKM empfohlen.

Die Cloud-Technologie ist hinsichtlich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten bei der LHM eine neue Technologie, für die seitens des IT-Referats umfangreiche Konzepte, u.a. zu den Themen IT-Sicherheit und Verschlüsselung, erarbeitet werden müssen.

Daher ist die Verlängerung der Projektlaufzeit notwendig, die jedoch die ursprünglich geplante stufenweise Einführung der IT-Lösung hinsichtlich der dienstlichen Beurteilung nicht mehr ermöglicht.

Geplant ist nun, die IT-Lösung mit den fachlichen „Modulen“ Mitarbeitergespräch und Entwicklungsplan im Jahr 2023 für die Einführungsphase 1 einzuführen. Die dienstliche Beurteilung kann aufgrund der Verlängerung des Beurteilungszeitraums IT-technisch stadtweit erst ab dem Beurteilungsjahr 2025 eingeführt werden.

Diese Begründung gilt auch für den Sachmittelmehrbedarf.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	3,124,000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020¹
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	365,200 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	300.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	40,000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	25,200 €

¹ Im Planjahr 2020 fallen keine Kosten an, da die dort ggf. anfallenden Kosten mit Mitteln aus dem Beschluss von 2016 genehmigt wurden.

2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	-----------------------------	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0		
	0		
	0		
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	9	9	3. QE; 6,5 VD, 2,5 IT
	0,5	0,5	2. QE, VD
	0,5	0,5	4. QE, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	10 ²	9	3. QE; 6,5 VD, 4 IT
	0,5	0,5	2. QE; VD
	0,5	0,5	4. QE; VD

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		
Es besteht kein zusätzlicher Büroraumbedarf, da die Stellen bereits besetzt sind und lediglich eine Verlängerung der Befristung beantragt wird.		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

